

Bündnis 90 / Die Grünen

Fraktion im Rat der Stadt Meerbusch

Geschäftsstelle
Meerbuscher Straße 41
40670 Meerbusch
Tel: 02159 / 51368
Fax: 02159/528143

e-mail: buero@gruene-meerbusch.de

Bündnis 90 / Die Grünen, Meerbuscher Straße 41, 40670 Meerbusch

<http://www.gruene-meerbusch.de>

An den Vorsitzenden des
Planungsausschusses Herrn Leo Jürgens
Ratsbüro der Stadt Meerbusch
- Service Zentrale Dienste -
40641 MEERBUSCH

Meerbusch, 27. Januar 2008

Antrag zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften am 29. Januar 2008

Haushalt 2008
Produkt **010.140.010**

- 1. Vergabe von Grundstücken nach städtischer Punktwerttabelle**
- 2. Ökologische Steuerung durch Gestaltung von Grundstückspreisen**

Sehr geehrter Herr Jürgens,
zur obigen Sitzung möchten Bündnis 90/DIE GRÜNEN Meerbusch nachfolgende haushaltsrelevante Anträge beraten:

- 1. Vergabe von Grundstücken nach städtischer Punktwerttabelle**

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Veräußerung von städtischen Grundstücken geltende Punktwerttabelle um die Berücksichtigung energetischer Aspekte für Gebäudeplanungen zu ergänzen.

Es soll ein weiterer und zwar hoher Punktwert aufgenommen werden, wenn das Haus im Passivhausstandard, entsprechend der Grundlagen für städtische Gebäude, geplant wird oder über den gesetzlichen Rahmen hinausgehende andere energiesparende Maßnahmen umgesetzt werden. Die Verwaltung wird aufgefordert eine rechtsverbindliche Regelung mit eventueller Zahlungsverpflichtung zu erarbeiten, für den Fall, dass die zugesicherten Standards nicht eingehalten werden.

- 2. Ökologische Steuerung durch Gestaltung von Grundstückspreisen**

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Preisgestaltung städtischer Grundstücke soll in Zukunft unter Berücksichtigung der klimaschädlichen Auswirkungen eines Objektes vorgenommen werden.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Meerbusch schlagen vor:

- a. Auf Grundstücke einen Zuschlag von 10 € je m² vorzunehmen, wenn sich der Energiestandard auf die Voraussetzungen des geltenden Bebauungsgesetzes beschränkt.
- b. Für Käufer, deren Objekt im Passivhausstandard (entsprechend der städtischen Grundlagen) gebaut wird oder in deren Objekt über den gesetzlichen Rahmen hinausgehende andere energiesparende Maßnahmen umgesetzt werden, wird ein Abschlag von 10 € je m² eingeräumt.

Der Förderbetrag und der Zuschlag sollen begrenzt werden

- für Einzelgrundstücke auf max. 4.000 €
- für Geschosswohnungsbau
die Verwaltung wird um einen Vorschlag gebeten
- für Gewerbefläche
die Verwaltung wird um einen Vorschlag gebeten

Die Förderung soll nach Abschluss der Baumaßnahme und einem Nachweis des Standards vorgenommen werden. Die Verwaltung wird beauftragt, in den städtischen Kaufverträgen entsprechende rechtsverbindliche Regelungen einzuarbeiten.

Gründe:

Der Antrag wurde bereits in den Haushaltsberatungen 2007 behandelt und von der CDU wegen Beratungsbedarf zurückgestellt. Nachdem nun der Rat der Stadt Meerbusch im April 2007 ein umfassendes Klimakonzept verabschiedet und damit dokumentiert hat, dass unsere Kommune aktiv an der Verwirklichung der Klimaschutzziele mitwirken möchte, sehen wir gute Voraussetzungen, diesen Anspruch auf freiwilliger Basis auf den zukünftigen nicht städtischen Gebäudebestand zu erweitern. Es soll ein erhöhter Anreiz für Bauwillige geschaffen werden, sich umfassender mit energiesparenden Standards zu beschäftigen und in einem begrenzten Rahmen für den Fall einer Umsetzung zu profitieren. Dabei ist uns bewusst, dass Neuregelungen im Bundesbaugesetz bereits jetzt verbesserte Gebäudestandards festlegen. Wir halten diese aber für deutlich optimierbar.

In der Sitzung des Planungsausschusses am 5. Dezember 2006 wurde von der Technischen Beigeordneten der Stadt Willich, Frau Stall, dargelegt, dass grundsätzliche Steuerungsmöglichkeiten durch die Gestaltung von Grundstückspreisen bestehen. Da der Vorgehensweise in Willich von der Kommunalaufsicht zugestimmt wurde, dürfen wir von der Zulässigkeit der Willicher Bewertung ausgehen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN schlagen vor, die Regelung zur Preisgestaltung städtischer Grundstücke zunächst bis Juli 2009 zu befristen, um die sich hieraus ergebenden Einnahmeentwicklungen zu überprüfen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN gehen davon aus, dass mit diesem Gestaltungsrahmen jede/r KäuferIn zur Überprüfung der eigenen Planung angeregt und ein deutlicher Impuls für eine klimaschonende innovative Energietechnik gegeben wird.

Wir gehen davon aus, dass sich durch dieses Angebot eine leicht verringerte Einnahme bei Grundstücksveräußerungen ergibt. Andererseits erwarten wir aber einen weiteren Imagegewinn, indem wir unsere Klimabeschlüsse weiter entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Peters